



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Hemmingen
Gemeinderatsfraktion

Pressemitteilung



Hemmingen, den 2. Februar 2021

Haushaltsrede 2021

„Sozial gerecht durch die Corona-Krise“

Sperrfrist: Dienstag, 2. Februar 2021, 20.00 Uhr!

(Es gilt das gesprochene Wort)

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Stehmer
Fraktionsvorsitzender



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen,
sehr verehrte Damen und Herren,

in der Hoffnung, dass heute alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zuhören, was die SPD zu sagen hat, darf ich bereits zum 33. Mal die Haushaltsrede für die SPD-Fraktion halten.

Wir danken allen, die bei der Erstellung des Haushaltsplans 2021 mitgewirkt haben. Ihnen, Frau Pfisterer speziell, dass die Erläuterungen im Haushaltsplan wesentlich verbessert wurden und die Zuordnung der Gebäude- und Grundstückskosten dort veranschlagt sind, wo man diese thematisch vermutet. Die Erläuterungen zum Haushaltsplan sind so umfangreich, dass kaum noch Fragen übrigbleiben. Allerdings besteht bereits bei den 42 Seiten Vorbericht die Gefahr, dass nicht jeder Gemeinderat die Zeit aufbringen kann, das gesamte Werk aufmerksam zu lesen.

In diesem Jahr hatten wir das Problem, dass ein Vergleich der neuen Haushaltsansätze in den Teilhaushalten mit den Ansätzen der beiden letzten Jahren nicht möglich war. Wir haben die Vorlage jedoch akzeptiert, da die Datenumstellung in Zukunft zu aussagekräftigeren Haushaltszahlen führen.

1. Corona hat uns fest im Griff

Elf Monate ist es her, seit wir wegen der Corona-Pandemie die geplante Klausurtagung zur Weiterentwicklung der Gemeinde absagen mussten. Das Virus hatte und hat uns in allen erdenklichen Lebenslagen fest im Griff. Dass seit kurzem verstärkt Mutationen – auch bei kleinen Kindern – festgestellt wurden, lässt nichts Gutes erahnen. Wir müssen wohl noch einige Monate damit leben, dass wir keine guten Prognosen abgeben können, weder im gesellschaftlichen Zusammenleben noch bei der finanziellen Vorausschau eines Haushaltsplans. Die Angst vor Veränderungen verstellt gern den Blick für das Machbare und Notwendige. Trotzdem sollten wir auch bei negativen Finanzzahlen nicht in Panik verfallen.

Denn unsere finanzielle Lage ist besser als die vieler anderer Städte und Gemeinden im Kreis Ludwigsburg. Wir starteten Anfang 2020 mit einem Höchststand an liquiden Mitteln von rd. 24 Mio. Euro. Laut Haushaltsvorbericht ist der erwartete Finanzmittelabfluss von rd. 7,5 Mio. Euro im Jahr 2020 nicht ganz so heftig ausgefallen, wie befürchtet. Wir werden die uns noch verbleibenden liquiden Mittel brauchen, um die angefangenen und geplanten Investitionen durchführen zu können. Es handelt sich dabei vor allem um Zukunftsprojekte für eine bessere frühkindliche Bildung und die Weiterentwicklung unseres Ortes. Wenn der Grundsatz aus der Gemeindehaushaltsordnung ernst genommen wird, dass „jede Generation für den von ihr verursachten Schuldendienst aufkommen soll“, dann bezahlen wir bereits heute für die Einrichtungen unserer Kinder und Enkel. Wir können froh sein, dass wir dazu in der Lage sind, ich habe schon andere Zeiten hier im Gemeinderat erlebt.



2. Der Gemeindefinanzausgleich beschert uns 2021 hohe Ausgaben

Nach dem vorliegenden Ergebnishaushalt werden wir 2021 voraussichtlich 5,5 Mio. Euro mehr ausgeben müssen, als wir einnehmen. Dies liegt vor allem an den hohen Umlagezahlungen an den Landkreis, die aus den guten Steuereinnahmen vor zwei Jahren berechnet werden. Fallen, wie in diesem Jahr, steigende Umlagezahlungen mit fallenden Steuereinnahmen zusammen, muss ein Finanzdefizit herauskommen. Dies ist an sich noch kein Zeichen für eine strukturelle Schwäche. Darüber kann nur eine mehrjährige Betrachtung Auskunft geben. Im Jahr 2019 hatten wir einen Einnahmeüberschuss in Höhe von 5,3 Mio. Euro, heute ein Defizit in nahezu gleicher Größe. Dies zeigt uns das Ausmaß der jährlichen Schwankungen. Die Steuerschätzungen in der mittelfristigen Finanzplanung sind jedoch so unsicher, dass wir daraus noch nicht genau ableiten können, wie sich die Finanzlage in drei oder vier Jahren entwickeln wird. Wir sollten daher keine voreiligen Schlüsse ziehen.

Die Haushaltsansätze für die Aufwendungen liegen in den nächsten Jahren bei rd. 20 Mio. Euro jährlich, wenn alle Personalstellen auch besetzt werden können. Dazu kommen noch die Abschreibungen. In den Jahren 2021 und 2022 werden wir – vor allem wegen hoher Umlagezahlungen – schon im Ergebnishaushalt größere Defizite haben. Daher müssen die notwendigen Investitionen aus den Rücklagen finanziert werden. Diese stehen noch ausreichend zur Verfügung. Dass im Jahr 2023 eine Kreditaufnahme für den Gemeindehaushalt notwendig wird, sehe ich noch nicht. Dazu sollten wir erst die Jahresabschlüsse 2020 und 2021 abwarten.

Die SPD hat im Mai des letzten Jahres der Streichung von geplanten Maßnahmen im Wert von 1,6 Mio. Euro zugestimmt, die auch im Jahr 2021 nicht zur Ausführung kommen sollen. Wir konzentrieren uns auf die notwendigen Investitionsmaßnahmen im Bereich Bildung und Ortsentwicklung, die bereits geplant und begonnen wurden.

3. Bildung ist Zukunftssicherung

Vorrangig ist vor allem der Bau der neuen Kindertageseinrichtung an der Laurentiusstraße und die Modernisierung mit Neubau für die Glemstal-Gemeinschaftsschule. Dafür benötigen wir in diesem Jahr zusammen rd. 1,9 Mio. Euro und im nächsten Jahr rd. 4,7 Mio. Euro. Eine gute Bildung für unsere Jüngsten in Hemmingen ist uns das wert.

Wir arbeiten politisch auch darauf hin, dass der Besuch der Kindertageseinrichtungen in naher Zukunft gebührenfrei möglich sein wird. Da es im Hemminger Gemeinderat dafür keine eigenständige Mehrheit gibt, hoffen wir, dass die Landtagswahl im März eine Entscheidung für eine Landesfinanzierung bringen wird.

4. Mehr Schwung für die Altenarbeit in Hemmingen

Die SPD-Fraktion will bereits seit Jahren, dass die Hemminger Altenarbeit vernetzt und neu aufgestellt wird. Nachdem auch das Symposium im Oktober 2019 zu keinen sichtbaren Maßnahmen geführt hat, haben wir das Thema nochmals auf die Tagesordnung gesetzt und verbindlich einen zweijährigen Entwicklungsbericht beantragt. Uns geht es nicht darum, welche Fraktion die ersten Impulse in der Sache gesetzt hat, sondern um konkrete Maßnahmen. Zum Beispiel die Einrichtung einer Koordinationsstelle – angesiedelt bei der Ge-



meinde – damit die vielfältigen Aktivitäten im Ort vernetzt werden können. Dafür sprachen sich auch die Symposiums-Teilnehmer aus der Altenarbeit aus.

5. Verkehrsbelastungen müssen reduziert werden

Wenn es um die Verkehrsbelastungen in Hemmingen geht, kann ich nur wiederholen, was ich im letzten Jahr schon gesagt habe: *„Für die SPD sind 16.900 Fahrzeuge täglich auf der Münchinger Straße vor dem Rathaus zu viel. Wir warten dringend darauf, dass die 2019 erhobenen Zahlen analysiert und bewertet werden. Der Durchgangsverkehr ist durch geeignete Maßnahmen zu reduzieren.“* Natürlich war eine große Veranstaltung in der Gemeinschaftshalle zu den Verkehrsbelastungen unserer Gemeinde seit Corona nicht mehr möglich. Die Verwaltung hat zugesagt, dass diese in der zweiten Jahreshälfte 2021 nachgeholt wird, wenn uns keine Abstandsvorschriften mehr daran hindern. Die Veranstaltung sollte gut geplant sein und das Ziel haben, dass am Ende des Diskussionsprozesses ein vom Gemeinderat beschlossenes Verkehrskonzept für die nächsten Jahre beschlossen wird. Eine solche Veranstaltung muss frühzeitig und gründlich vorbereitet sein.

Im Bereich des ÖPNV hält die SPD-Fraktion weiterhin daran fest, dass ein 1-Euro-Tagesticket für das gesamte Gemeindegebiet erforderlich ist. Auch der VVS wird nach der Corona-Pandemie darüber nachdenken müssen, dem ÖPNV neuen Schwung zu geben. Nur zu sagen: „was für eine Stadt wie Ludwigsburg mit nahezu 100.000 Einwohnern gut ist, ist auch gut für Hemmingen“, ist zu wenig. Das 3-Euro-Ticket passt nicht für kleine Kommunen. Das muss flexibel gestaltet werden.

Dazu gehört auch ein Konzept, wie die Bürgerinnen und Bürger aus dem westlichen Gemeindegebiet besser an den ÖPNV angeschlossen werden können.

Die Verbesserung des Fahrradverkehrs war allen Fraktionen so wichtig, dass wir dafür einen überparteilichen Antrag gestellt haben. Wir warten sehnlichst darauf, die ersten Überlegungen des Verkehrsplaners zu hören und darüber diskutieren zu können.

Damit wir über Verkehrsbelastungen und wirksame Verkehrsentlastungen nicht nur allgemein reden können, haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt, dass die wesentlichen Entwicklungskennzahlen zum Durchgangsverkehr, Sicherung der Schulwege und Fußgängerüberwege sowie des Mobilitätsverhaltens der Hemminger statistisch erfasst und jährlich vorgelegt werden. Erst dann können wir erst einschätzen, ob beschlossene Maßnahmen eine Verbesserung der Lebensqualität im Ortskern gebracht haben. Die uns mit Einführung der doppischen Haushaltsführung versprochene Produktsteuerung und das Controlling dazu kann nur stattfinden, wenn der Gemeinderat ausreichend informiert ist. Einer großen Mehrheit hier im Gremium ist diese ureigenste Aufgabe des Gemeinderats wohl nicht wichtig. Sie haben hier eine große Chance vertan, besser informiert zu sein und damit besser entscheiden zu können.

6. Es fehlen erschwingliche Wohnungen

Wir danken all denen hier im Gemeinderat, die mit uns zusammen die Grundsatzbeschlüsse für das neue Baugebiet „Südlich der Pestalozzistraße“ gefasst haben. Wir haben dabei die Ausnahmeregelung des § 13b des Baugesetzbuches in Anspruch genommen. Dies war



eine einmalige Chance, da der Bund diese Bestimmungen über das Jahr 2020 hinaus nicht verlängert hat.

In Hemmingen fehlen vor allem Wohnungen für junge Familien, nicht nur Einfamilienhäuser, sondern mehr noch Mietwohnungen. Daher bekräftigen wir heute nochmals, dass im Neubaugebiet mindestens 25% der bebaubaren Grundstücksflächen für den sozialen Mietwohnungsbau reserviert werden.

Es zeichnet sich ab, dass wir mit den Grundstückseigentümern eine Regelung treffen können, dass alle Grundstücke auch in absehbarer Zeit bebaut werden. Damit wäre es erstmals in Hemmingen gelungen, ein Neubaugebiet ohne Baulücken – auch Enkelgrundstücke genannt – zu erstellen. Der freie Markt hätte das nicht ohne massiven Druck der Gemeinde geschaffen. Vielen Dank für Ihre Bemühungen in dieser Sache, Herr Bürgermeister.

Wir werden im Rahmen der Verkehrsdiskussion auch ein tragfähiges Verkehrskonzept für dieses Baugebiet finden, das die berechtigten Interessen der Nachbarbebauung ebenfalls berücksichtigt.

7. Die Ortsentwicklung im Blick behalten

Ein großes Infrastrukturprojekt ist der Neubau unseres Bauhofs an der Saarstraße mit einem Baukostenvolumen von rd. 3,6 Mio. Euro, davon 1,2 Mio. Euro im Jahr 2021. Dieser Neubau ist schon seit Jahren dringend notwendig, damit ein moderner Service angeboten werden kann.

Der Neubau macht auch an der Goethestraße die notwendige Fläche frei, damit wir weitere Sozialmietwohnungen bauen können, die uns an der Seestraße in den nächsten Jahren verloren gehen. Der dafür notwendige Finanzbedarf von rd. 3,6 Mio. Euro wird über die Laufzeit der Mieten finanziert werden können.

Derzeit wird eine systematische Bestandserfassung und Auswertung aller kommunalen Gebäude vorgenommen. Die Verwaltung hat zugesagt, dass dann im Jahr 2022 ein aussagekräftiger Sanierungsfahrplan vorliegt, damit die Erhaltungs- und Unterhaltungsaufwendungen besser geplant und die Finanzmittel gezielter eingesetzt werden können, was ein großer Erfolg in der Liegenschaftsverwaltung wäre.

Der Gemeinderat hat beschlossen, nach dem Abbau des Funkturmes neben dem alten Rathaus eine städtebauliche Untersuchung des Ortskerns durchzuführen. Dabei soll auch geprüft werden, ob und wenn ja, wieviel öffentliche Parkplätze in der Ortsmitte fehlen. Die SPD-Fraktion schlägt vor, dass zusätzliche Parkplätze – wenn überhaupt notwendig – am bisherigen Platz an der Adlergasse entstehen sollten, notfalls in einem Parkhaus.

8. Persönlicher Umgang muss sich verbessern

Ich bin jetzt nahezu 37 Jahre Mitglied des Gemeinderats. Es gab in dieser Zeit viele Streitobjekte wie z.B. der Kampf um eine 2. Sporthalle, den Abriss des sog. „Rapp'schen Hauses“ an der früheren Ortsdurchfahrt oder die Errichtung eines Heimatmuseums in der Eissgasse. Da wurde mit harten Bandagen gerungen, aber es ging stets um die Sache, nicht um Personen des Gemeinderats. Das hat sich in den letzten drei Jahren leider geändert. Einzelne Personen werden ohne Widerspruch der anderen der Lüge bezichtigt, sie werden



respektlos diffamiert und mit einer Flut von E-Mails, gespickt mit Vorwürfen, überzogen. Gemeinderäte klagen gegen Gemeinderätin, weil ihnen die SPD-Meinung nicht passen. Sogar der Bürgermeister stellt im Mai 2020 Strafanzeige gegen zwei SPD-Gemeinderäte, von der diese erst im Oktober aus der Presse erfuhren. Bis heute ist mir nicht bekannt, welche Vorwürfe dabei konkret gegen mich erhoben wurden. Wenn dies als Einschüchterungsversuch geplant war, ist er gründlich danebengegangen.

Leider wirkt sich dies auch negativ auf die Gemeinderatsarbeit aus, weil es dadurch keine gemeinsame Gesprächskultur mehr gibt. Wir würden gerne wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren und verlangen dafür nur eines: Respekt vor der Arbeit, den Ideen und den Anträgen der anderen Gemeinderatsmitglieder.

Zurück zum Haushaltsplan 2021.

9. Die SPD-Fraktion trägt den Haushaltsplan und die Finanzplanung mit

Unsere Haushaltsanträge konnten in diesem Jahr weitgehend Ihre Zustimmung erhalten, wenn auch mit Abstrichen. Wichtig ist uns dabei vor allem, dass die Radwegplanung zum Zeilwald und die überfällige Verkehrsdiskussion mit der Bevölkerung erfolgen.

Bei aller Kritik über einzelne Punkte im Laufe der Haushaltsberatungen wird die SPD-Fraktion dem gesamten Haushaltsplan 2021 und der Finanzplanung bis 2024 zustimmen, weil viele Projekte und Maßnahmen eingestellt sind, die auch von der SPD unterstützt werden.

Auch den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe wird zugestimmt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die SPD – Fraktion

Wolfgang Stehmer